

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0379/2015/BV

Datum:
04.11.2015

Federführung:
Dezernat II, Stadtplanungsamt

Beteiligung:
Dezernat II, Amt für Verkehrsmanagement
Dezernat IV, Landschafts- und Forstamt

Betreff:

**Ideenstudie Umgestaltung Bahnhofsvorplätze
- Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zum
Fahrradparken
- Aufgabenstellung Ideenstudie
- Ergebnisse der Bürgerbeteiligung und
Preisrichtervorbesprechung**

Beschlussvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Bezirksbeirat Weststadt	10.11.2015	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Bau- und Umweltausschuss	17.11.2015	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Gemeinderat	03.12.2015	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Bezirksbeirat Weststadt und der Bau- und Umweltausschuss empfehlen folgenden Beschluss des Gemeinderats

- 1. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zum Fahrradparken werden zur Kenntnis genommen.*
- 2. Es besteht eine Wechselwirkung zwischen Platzgestaltung und in Frage kommenden baulichen Anlagen für Fahrradparksysteme. Dennoch soll für die Ideenstudie keine dezidierte Empfehlung für eine bestimmte Lösung zum Fahrradparken abgegeben werden. Der Gemeinderat beschließt, die in der Machbarkeitsstudie Fahrradparken aufgezeigte Lösung für unterirdisches Fahrradparken aufgrund der damit verbundenen sehr großen Investitionen nicht weiter zu verfolgen.*
- 3. Der Gemeinderat beschließt, der Aufgabenstellung für die Ideenstudie folgende Bindungen zugrunde zulegen*
 - Berücksichtigung der Restriktionen aus dem Projekt des Mobilitätsnetzes*
 - Grundsätzlicher Erhalt von Bäumen, im Einzelfall sind bei überzeugenden Lösungen Entfernung und Neupflanzung von Bäumen denkbar*
 - Erhalt des Pavillons der Tourist Information*
- 4. Den Vorschlägen der Verwaltung, die in Anlage 05 aufgeführten Anregungen der Bürger zu berücksichtigen bzw. nicht zu berücksichtigen, wird zugestimmt.*
- 5. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse Nr. 2 bis 4 des Beschlussvorschlags wird der Auslobung zur Ideenstudie zugestimmt.*

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
Beteiligungskonzept	19.000 €
Mehrfachbeauftragung	207.000 €
Betreuung Mehrfachbeauftragung	25.000 €
Machbarkeitsstudie Fahrradparken	30.000 €
Einnahmen:	
Keine	
Finanzierung:	
<ul style="list-style-type: none">• Beteiligungskonzept• Mehrfachbeauftragung• Betreuung Mehrfachbeauftragung innerhalb des Budget Teilhaushalt 61	251.000 €
<ul style="list-style-type: none">• Machbarkeitsstudie Fahrradparken innerhalb des Budget Teilhaushalt 81	30.000 €

Zusammenfassung der Begründung:

Der in der Machbarkeitsstudie Fahrradparken prognostizierte Bedarf an Abstellmöglichkeiten fließt ohne Variantenempfehlung in die Aufgabenstellung ein. Die Idee einer Fahrradtiefgarage soll nicht weiterverfolgt werden.

Die Verwaltung empfiehlt den Erhalt aller Bäume und den Erhalt des Pavillons der Tourist Information, macht aber deutlich, dass bei den engen Vorgaben weniger interessante Lösungen zu erwarten sind.

Die Verwaltung bittet den Gemeinderat um eine Grundsatzdiskussion der Erwartungen an eine Umgestaltung, auch im Hinblick auf die gegebenenfalls in Aussicht zu stellenden Haushaltsmittel.

Aufgrund der Dringlichkeit und des engen Zeitplans (vgl. Anlage 2 zur DS 0281/2015/BV), wird der Bezirksbeirat Bergheim in seiner Sitzung am 15.12.2015 über die Vorlage ausnahmsweise nachträglich informiert.

Begründung:

1. Ausgangslage

Der Bahnhofsvorplatz (Willy-Brandt-Platz) hat als öffentlicher Raum zentrale Bedeutung für die Stadt. Er hat seit seiner Herstellung in den 1950er Jahren keine nennenswerten baulichen Veränderungen mehr erfahren. Die drei Platzteile des Willy-Brandt-Platzes stellen eine unübersichtliche Raumfolge mit wenig ansprechenden städtebaulichen Qualitäten dar. Hochbeete aus Waschbeton, mehrfach ausgebesserte Oberflächen, veraltete Beleuchtung und Stadtmobiliar, ungeordnetes Fahrradparken, starke Verschmutzungen prägen das Stadtbild und vermitteln so nach Heidelberg einreisenden Touristen und Pendlern einen unvorteilhaften Eindruck der Stadt. Die Gestaltung des Platzes wird den heutigen Anforderungen an die gestiegene Mobilität, an Aufenthaltsqualität und Stadtmarketing nicht mehr gerecht. Aus diesen Gründen ist seit längerem eine Modernisierung des Raumes geboten.

Ausgelöst durch den Haltestellenumbau der rnv ergibt sich die Notwendigkeit einer zügigen, angepassten Neugestaltung des angrenzenden Willy-Brandt-Platzes mit seinen drei Teilbereichen. Es soll eine Ideenstudie für die Platzgestaltung im Rahmen einer Mehrfachbeauftragung durchgeführt werden. Der Gemeinderat hat am 8.10.2015 der Durchführung einer Ideenstudie für die Neugestaltung der Bahnhofsplätze mit Realisierungsteil und dem Beteiligungskonzept (DS 0281/2015/BV) zugestimmt.

2. Verfahren, Abhängigkeiten und Zielkonflikte

Im Zuge des Haltestellenumbaus müssen Flächen auf den Platzflächen baulich angepasst werden. Die Verwaltung versucht nach wie vor, es zu ermöglichen, dass die Ergebnisse der Ideenstudie oder Teile davon rechtzeitig in die Ausführungsplanung der rnv einfließen können. Weiterhin soll vorgesorgt werden, dass notwendige Maßnahmen der rnv-Planung auf den Platzflächen den Ergebnissen eines Gesamtkonzepts und einer zeitlich nachgelagerten Platzgestaltung nicht vorgreifen. Flächen der rnv-Planung, die in das Bearbeitungsgebiet der Ideenstudie eingreifen, sind in folgendem Plan dargestellt.

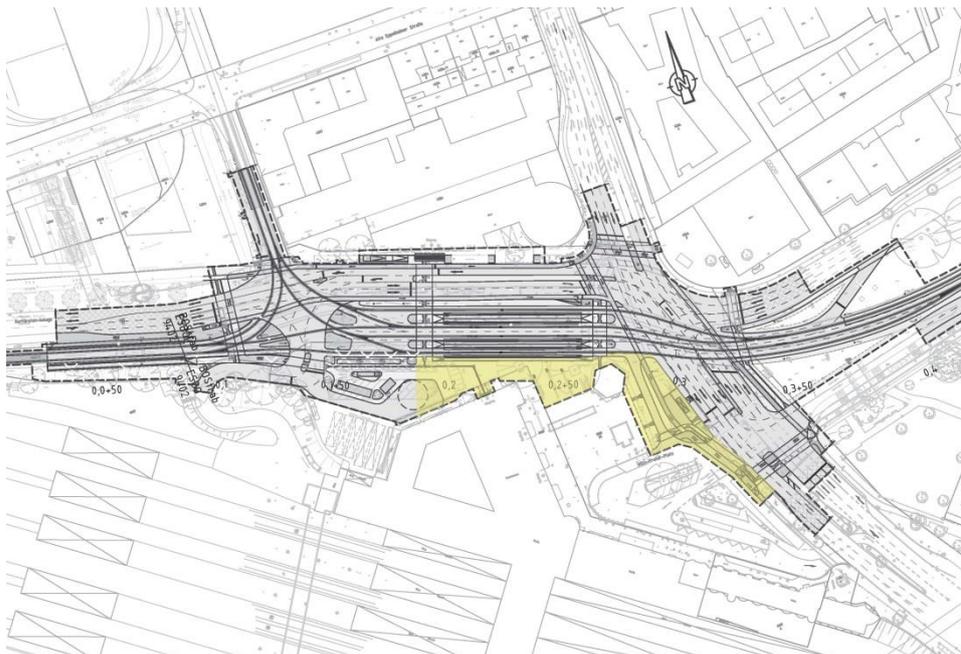


Abbildung: Gekennzeichneter Bereich des Platzes, der von den Baumaßnahmen der rnv betroffen ist

Ursprünglich war geplant, die Ideenstudie mit einem Realisierungsteil zu koppeln, um dem Büro mit dem prämierten Entwurf in einem ersten Schritt ein Auftragsversprechen für die im Plan gekennzeichneten Flächen zu erteilen. Davon wurde Abstand genommen.

Zu den Gründen:

Für die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes sind derzeit keine Haushaltsmittel eingeplant. Auch ist eine Berücksichtigung des Projektes derzeit in der mittelfristigen Finanzplanung noch nicht vorgesehen. Kosten für Lösungen aus der Ideenstudie, die über eine Erneuerung von Oberflächenbelägen und Stadtmobiliar sowie über eine nicht wesentliche Neuordnung von Funktionen hinausgehen und erhebliche Investitionen nach sich ziehen würden, müssten im Doppelhaushalt 2017/2018 berücksichtigt werden. Derzeit gibt es noch keine Ermächtigungsgrundlage des Gemeinderats für die Finanzierung von Baumaßnahmen, insofern kann derzeit kein Auftragsversprechen gegenüber den Planern gegeben werden, so dass nur eine Ideenstudie ohne Realisierungsteil beauftragt werden soll.

Es besteht eine starke Abhängigkeit zwischen etwaigen kostenintensiven baulichen Anlagen und den Folgen für die Freiraumgestaltung. So ließe sich beispielsweise ein Entwurf, der einen Großteil der Fahrräder in einer Tiefgarage abwickelt und aufgrund dessen mehr Flächenpotentiale für die Freiraumgestaltung beinhaltet, dann nicht mehr umsetzen, wenn von der Idee einer Fahrradtiefgarage aus Kostengründen später Abstand genommen würde. Damit würden die Ergebnisse der Ideenstudie in Frage gestellt und wären ohne Nutzen.

Der Pavillon der Tourist-Information auf dem zentralen Vorplatz ist grundsätzlich richtig angesiedelt. Das Festhalten an der heutigen Lage stellt jedoch eine starke Einschränkung der planerischen Möglichkeiten dar. Bereits 2011 wurde eine Verlagerung im Zusammenhang mit der anstehenden Modernisierung geprüft. Sie erscheint aufgrund der damit verbundenen Investitionen unrealistisch.

Für den Prozess ist es daher hilfreich, wenn der Gemeinderat frühzeitig einen Hinweis darüber gibt, welche Erwartungen an die Platzgestaltung gestellt werden und ob er entwurfsbestimmenden Faktoren wie

- Ersatzneubau Tourist Information
- Bau einer Fahrradtiefgarage
- Neuverteilung von Bäumen durch Ersatzpflanzungen

aufgeschlossen gegenüber steht **oder** diese beispielsweise aus Kostengründen dezidiert ausschließt. Diese Diskussion ist im Zusammenhang mit dieser Vorlage zu führen.

Zusammenfassend muss betont werden, dass die Entscheidung, ob und welche Flächen im zeitlichen Zusammenhang mit der rnv –Maßnahme umgesetzt werden können, stark von den Ergebnissen der Ideenstudie abhängen. Mit der Entscheidung des Gemeinderats über die Weiterverfolgung der Ergebnisse im Juli 2016 wäre gegebenenfalls auch eine Aussage über die Bereitstellung von Haushaltsmitteln zu treffen.

Bei einfachen Lösungen ohne größere Eingriffe in die Platzstrukturen ist eine zeitliche Umsetzung der Oberflächen und des Stadtmobiliars im Zuge der rnv-Maßnahme möglich, bei komplexeren Lösungen tendenziell nicht, da die Durchführung von notwendigen Ausführungsplanungen und die Bereitstellung von Haushaltsmitteln eine gewisse Zeit

beanspruchen und mit der zeitlichen Umsetzung der rnv-Maßnahme nicht mehr zu vereinbaren wären.

In diesem Fall wäre über eine provisorische und einfache Herstellung der Oberflächen wie im Bestand auf der gekennzeichneten Fläche (siehe Plan), die von der rnv-Planung betroffen ist, sinnvoll. Diese Entscheidung müsste ebenfalls mit Vorliegen der Ergebnisse im Juli 2016 getroffen werden.

3. Machbarkeitsstudie Fahrradparken

Bereits heute ist die Parksituation für Fahrräder angespannt. Bisher werden weite Teile des zentralen Bahnhofsvorplatzes für das Fahrradparken genutzt. Sie schränken die Aufenthaltsqualität ein, der repräsentative Platzcharakter vor der Empfangshalle kommt nicht zur Geltung und die Möglichkeiten für die Nutzer, das Fahrrad sicher abzuschließen, sind kaum vorhanden. Aufgrund der Haltestellenmaßnahme und der geplanten Bahnhofserweiterung beziehungsweise bei Realisierung des geplanten Hotels durch die Deutsche Bahn muss das Fahrradparken neu organisiert werden.

Eine gute Lösung für das Fahrradparken im Umfeld des Hauptbahnhofs unter funktionalen und stadtbildverträglichen Aspekten ist die Voraussetzung, um überhaupt Flächen für eine qualitätsvolle Platzgestaltung mit hoher Aufenthaltsqualität ertüchtigen zu können. Im Vorfeld der Ideenstudie für die Umgestaltung der Bahnhofsvorplätze hat die Stadt Heidelberg eine Machbarkeitsstudie zum Fahrradparken beauftragt. Der Auftrag ging an die Bürogemeinschaft Planungsbüro VAR und **H2S architekten** (Haubrich und Scholtyssek) aus Darmstadt. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie Fahrradparken sind als Anlage 02 dieser Vorlage beigefügt.

Die Machbarkeitsstudie enthält Aussagen zu Radverkehrsbeziehungen, prognostiziert die Abstellbedarfe für die Zukunft unterteilt in Bahnstadtseite (Prognose 1350 Fahrräder) und Bahnhofsumfeld nördlich der Gleisanlagen (Prognose 2650 Fahrräder), und widmet sich der Untersuchung von verschiedenen Möglichkeiten des Parkens von Fahrrädern. Weiterhin werden verschiedene Formen von Parksyste men dargestellt.

Im Zusammenhang mit der Ideenstudie ist für die Aufgabenstellung ausschließlich der Bedarf maßgeblich, der auf den verschiedenen Flächen des Willy-Brandt-Platzes nachgewiesen werden muss. Hier müssen sich die Planer mit den Zielkonflikten auseinandersetzen, die sich aus den beschränkten, zur Verfügung stehenden Flächen und den verschiedenen Ansprüchen (Fahrrad, MIV, Taxis; Fußgänger, Aufenthaltsqualität, Freiraumgestaltung) ergeben.

Die Machbarkeitsstudie kommt zu dem Ergebnis, dass sich im Bereich des Gleises 1 insgesamt **740** Fahrräder (siehe Anlage 02, Seite 38) realisieren lassen. Die in der Machbarkeitsstudie aufgezeigten Ressourcen in den beiden Gepäcktunneln unter den Gleisanlagen wurden nicht berücksichtigt, da die Gutachter diese Varianten nicht empfohlen haben. Die vom Gutachter favorisierte Variante einer Fahrradtiefgarage mit Anschluss an das Untergeschoss des Empfangsgebäudes ist unter verkehrlichen Aspekten sinnvoll, lässt mehr Möglichkeiten für andere Platznutzungen, soll aber aufgrund der damit verbundenen sehr hohen Kosten nicht weiterverfolgt werden.

Damit verbleibt ein Bedarf von **1910** Fahrräder (Vergleich heute **1547** Fahrräder) die anderswo auf den Platzflächen nachgewiesen werden müssen. Mieträder sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Deren Standorte sind laut Aufgabenstellung ohnehin zusätzlich in die Planung zu integrieren.

Aufgabe der Planer ist es, den Bedarf von bis zu 1910 Fahrrädern, aber zwingend in jedem Fall den Bestand von 1550 Fahrrädern funktional sinnvoll und stadtbildverträglich unterzubringen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass der größere Teil auf dem Willy-Brandt-Platz Nord abgewickelt werden soll. Sich kreuzende Beziehungen mit dem Haltestellenbereich und der dort wartenden Fahrgäste sind zu vermeiden.

Im Zuge des geplanten Hotelneubaus der Deutschen Bahn wünscht die Stadt Heidelberg die Berücksichtigung von circa 600 Fahrrädern in der Tiefgarage. Hier könnte ein Angebot für diejenigen entstehen, die ihr Fahrrad gegen Zahlung einer Gebühr sicher verschließen möchten. Derzeit wird die Lösung von der Deutschen Bahn abgelehnt. Die Verwaltung verhandelt diesbezüglich mit der Deutschen Bahn.

4. Ergebnisse der Preisrichtervorbesprechung

Die Preisrichtervorbesprechung fand am 20.10.2015 vor der Bürgerveranstaltung statt, so dass die Preisrichter Gelegenheit hatten, diese zu besuchen. Die meisten Preisrichter ermutigten die Stadt, eine nachhaltige Lösung im Sinne einer „Starken Idee“ für den Bahnhofsvorplatz erarbeiten zu lassen und sich nicht auf einen reinen „Pflasterwettbewerb“ oder eine „Aufhübschung“ zu beschränken. Einerseits solle die rnv-Planung respektiert werden, andererseits sollen Elemente, die nicht planfeststellungsrelevant sind, hinterfragt werden dürfen. Es sollen Lösungen aufgezeigt werden, die über die Bearbeitung von aus der rnv-Planung resultierenden Restflächen hinausgehen. Dem würden nach Ansicht der Preisrichter einschränkende Vorgaben wie der Erhalt des Pavillons der Tourist Information oder das Festhalten am Erhalt aller Bäume entgegenstehen. Auf jeden Fall müssen die Restriktionen an die Planung deutlich formuliert werden.

Wie im Kapitel Nr. 2 beschrieben, bedarf es an dieser Stelle einer grundsätzlichen Diskussion im Gemeinderat.

Über die Art und Weise der Kostenermittlung im Rahmen der Ideenstudie wurde intensiv diskutiert. Aufgrund der zu erwartenden sehr unterschiedlichen Lösungsansätze sollte hier nur der Kostenrahmen von wesentlichen Entwurfsbestandteilen dargestellt werden. Die Vorgabe eines Kostenschlüssels wurde verworfen.

5. Ergebnisse der Bürgerbeteiligung

Folgende Elemente der Bürgerbeteiligung wurden durchgeführt beziehungsweise sind geplant:

- Online-Umfrage (16.09.2015 - 23.10.2015): „Was ist Ihnen an den Bahnhofsvorplätzen besonders wichtig?“
- Bürgervertreter in der Jury (2 Teilnehmer, 2 Vertreter), Auswahl erfolgte im Bewerbungsverfahren
- Bürgerveranstaltung am 20.10.2015 mit Vorstellung der Aufgabenstellung und anschließender Diskussion
- Öffentliches Ausgabekolloquium, in dem informelle Gespräche zwischen den Planenden und der Bürgerschaft möglich sind.
- Ausstellung Planentwürfe mit öffentlicher Führung und Veranstaltung, Bürgervertreter aus der Jury kommen zu Wort

5.1. Online-Umfrage

An der nicht repräsentativen Umfrage haben zwischen dem 17.09.2015 und 23.10.2015 insgesamt 1138 Personen teilgenommen. Am wichtigsten sind den Teilnehmenden kurze Wege zu Bus, Bahn, Straßenbahn, Taxi und anderen Verkehrsarten, möglichst viele Bäume und Grünflächen sowie Fahrradabstellplätze. Eine Vielzahl der Teilnehmenden bevorzugt, dass Fahrräder selbst abgestellt und sicher an einem Gegenstand angeschlossen werden können. Auch die Sitzgelegenheiten auf den Bahnhofsvorplätzen wurden als wichtig erachtet. Die vollständigen Ergebnisse der Online-Umfrage sind als Anlage 04 beigefügt.

5.2. Bürgerveranstaltung am 20.10.2015

Die Veranstaltung zur Bürgerbeteiligung fand in der Kantine der Stadtwerke Heidelberg statt. Circa 80 Besucher waren anwesend. An vier Thementische wurden die wesentlichen Bestandteile der Aufgabenstellung ausgehängt. Die Thementische waren

- Stadtgestaltung und Ästhetik
- Freiraumgestaltung
- Verkehr: Fußgänger und Radverkehr
- Verkehr: MIV, ÖPNV, Taxi, Busse

Die Bürger hatten nach einem Einführungsvortrag die Gelegenheit, die Bestandteile der Aufgabenstellung zu diskutieren sowie Anregungen und Ergänzungen zu dieser vorzubringen. Vor allem der Aspekt Fahrradparken, aber auch die Platzgestaltung und die Entflechtung der verschiedenen Nutzungsarten wurden bei der Veranstaltung zur Bürgerbeteiligung intensiv diskutiert. Alle vorgebrachten Anregungen wurden zwischenzeitlich durch die Verwaltung geprüft. Die begründeten Vorschläge, welche Anregungen in der Aufgabenstellung Berücksichtigung finden sollen oder nicht weiterverfolgt werden, sind der Anlage 05 zu entnehmen.

6. Lichttechnisches Gutachten

Die Stadt Heidelberg hat die Stadtwerke Heidelberg Umwelt GmbH gebeten, ein lichttechnisches Gutachten über die Beleuchtungssituation im Umfeld des Hauptbahnhofes zu beauftragen. Die Ergebnisse sollen im Januar 2016 zum Ausgabekolloquium vorliegen.

7. Restriktionen aus dem Projekt Mobilitätsnetz

Die Umsetzung der Straßenbahnplanung hat für die rnv und die Stadt Heidelberg eine hohe Priorität. Folgende Elemente der Haltestellenplanung sind vom Gemeinderat bereits beschlossen und dürfen nicht mehr verändert werden:

- Lage und Größe der Straßenbahnhaltestelle mit allen technischen und betrieblichen Einrichtungen, sofern sie nicht die Platzflächen berühren
- Lage und Linienführung der Bahnen und Busse im gesamten Plangebiet
- Lage und Anzahl der Fußgängerquerungen im Haltestellenbereich
- Lage der Radführung im Haltestellenbereich

- Verkehrswege des MIV im gesamten Planbereich
- Maststandorte der Fahrleitungsanlage
- Anordnung des Blindenleitsystems im Haltestellenbereich, wobei Vorschläge zum Material erwartet werden

Eine Ausnahme stellen die Fahrleitungsmaste auf dem Willy-Brandt-Platz Nord dar, die in den vorgegebenen Achsen verschoben werden können.

Im Rahmen der Ideenstudie können losgelöst von der Planung der RNV folgende Bereiche in die planerischen Überlegungen einbezogen werden:

- Willy-Brandt-Platz Nord
- Haltestelleninsel für die Busse und dem Übergangsbereich zwischen Bushaltestelle und zentralen Bahnhofsvorplatz, wobei an der Lage der Haltestelle grundsätzlich festzuhalten ist.
- Fußgängerquerung zwischen Willy-Brandt-Platz Süd und Weststadt in der Hinführung zum zentralen Bahnhofsvorplatz, wobei an der Lage der Querung grundsätzlich festzuhalten ist.
- Blindenleitsystem im Übergangsbereich zwischen Haltestelle und DB-Empfangsgebäude
- Gehweg und Freianlagen Kurfürstenanlage-Nord im Bereich BG Chemie

8. Aufgabenstellung

Die aus der Bürgerschaft angeregten Aspekte flossen nach fachlicher Prüfung in die Aufgabenstellung ein.

Die Aufgabenstellung wurde mit der Deutschen Bahn abgestimmt. Es konnte keine Einigkeit darüber erreicht werden, dass in der Aufgabenstellung der Hinweis gegeben wird, dass im Zuge des geplanten Hotelkomplexes eine Fläche für Fahrräder in die Tiefgarage integriert werden soll. Weiterhin wünscht die Bahn 5 Stellplätze für Mitarbeiter auf den öffentlichen Platzflächen. Aufgrund des hohen Nutzungsdrucks auf den Platzflächen schlägt die Verwaltung vor, nur 2 Stellplätze zu berücksichtigen.

Die Aufgabenstellung muss abhängig von der Diskussion im Gemeinderat gegebenenfalls angepasst werden

Die fehlende Verbindlichkeit für die geplante Fußgänger- und Radfahrerbrücke, deren bauliche Vorkehrungen entwurfsbestimmend sowohl für die Platzbildung zwischen Erweiterung des Bahnhofsgebäudes und Hotelkomplex als auch für die notwendige Zuwegung zu Gleis 1 sind, hat sich erschwerend bei der klaren Formulierung der planerischen Aufgabe für den Willy-Brandt-Platz Nord erwiesen. Insofern muss in Kauf genommen werden, dass die im Rahmen der Ideenstudie vorgeschlagenen Lösungen gegebenenfalls nicht umsetzungsfähig sind.

9. Beteiligung der Bezirksbeiräte

Wie bereits in der Vorlage DS 0281/2015/BV ausgeführt, müssen nach dem derzeitigen Zeitplan der rnv die kompletten Bauleistungen bis Anfang November 2016 vergeben sein, um den Baubeginn der Teilmaßnahme des Mobilitätsnetzprogramms am 01.12.2016 einzuhalten. Aufgrund der Dringlichkeit und des notwendigerweise engen Zeitplans (vgl. Anlage 2 zur DS

0281/2015/BV), wird der Bezirksbeirat des angrenzenden Stadtteils Bergheim in seiner Sitzung am 15.12.2015 über die Vorlage ausnahmsweise nachträglich informiert.

10. Beteiligung des Beirates von Menschen mit Behinderungen

Ein Vertreter des Beirats war bei den Schlüsselpersonengesprächen anwesend. Die Belange von Menschen mit Behinderung flossen in die Aufgabenstellung ein. Die Aufgabenstellung wurde mit dem Beirat vorbesprochen.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes		
Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
SL 11	+	Straßen und Plätze als Lebensraum zurückgewinnen, Aufenthaltsqualität verbessern
		Begründung:
		Der Bahnhofsvorplatz soll ein attraktiver Platz sein, der als „Visitenkarte“ der Stadt aufgewertet wird und die Stadt würdig repräsentiert.
		Ziel/e:
SL 10	+	Barrierefrei bauen
		Begründung:
		Die Oberflächen sollen barrierefrei sein, ein Blindenleitsystem soll die Orientierung verbessern.
		Ziel/e:
QU 1	-	Solide Haushaltswirtschaft
		Begründung:
	+/-	Bisher sind keine Gelder für das Projekt im Haushalt eingestellt. Bei Umsetzung des Bahnhofsvorplatzes sind andere Projekte zurückzustellen.
		Ziel/e:
	-	
		Begründung:
	+/-	

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Die Umgestaltung der Bahnhofsvorplätze steht in Konkurrenz zu zahlreichen anderen Bauvorhaben der Stadt. Da seit 60 Jahren keine nennenswerten Maßnahmen im öffentlichen Raum stattfanden und das Projekt eine hohe Öffentlichkeitswirksamkeit hat, sollte ein Abwägung der Prioritäten stattfinden.

gezeichnet
Bernd Stadel

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Auslobung Ideenstudie Umgestaltung Bahnhofsvorplätze
02	Machbarkeitsstudie Fahrradparken
03	Dokumentation Baumbestand, Oktober 2015
04	Ergebnisse Online-Umfrage
05	Anregungen der Bürger aus der Bürgerversammlung vom 20.10.2015 mit Vorschlägen der Verwaltung zur Berücksichtigung in der Aufgabenstellung
06	Schriftliche Anregungen der Bürger mit Vorschlägen der Verwaltung zur Berücksichtigung in der Aufgabenstellung